

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/15

23. Januar 1976

Die Lage der Nation

Parallelen in den Berichten von Ford und Schmidt

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Frauen müssen gleiche Chancen bekommen

Hindernisse in der Frauen-Erwerbstätigkeit sind nicht gottgegeben

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Kurzfristige Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen

Auch die Anbieter von Gesundheitsleistungen müssen zur Kostendämpfung beitragen

Von Eugen Glowbig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 bis 7 / 148 Zeilen

CDU-Spiel mit Menschenchickensalen

Hupkas Argumente gegen den Polenvertrag sind unehrlich

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Seite 8 und 9 / 55 Zeilen

Geschäftsführer: Dr. Ernst Ebert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10
Postfach: 100-400
Postleitzahl 1, Januar 217-224
Telefon: 0228 67-20
Telex: 0228 600-40 spdnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 100-112, Telefon: 37 06 11

Die Lage der Nation

Parallelen in den Berichten von Ford und Schmidt

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

und stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Am 20. Januar hat Präsident Gerald Ford seinen Bericht zur Lage der Nation vorgelegt. In wenigen Tagen wird auch Bundeskanzler Helmut Schmidt seinen Bericht zur Lage der Nation geben. Dabei wird sich zeigen, daß hier wie dort ganz ähnliche Probleme zur Debatte stehen. Der Bericht des US-Präsidenten beschäftigt sich im ersten Teil ausführlich mit der inneren Verfassung Amerikas sowie mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für Ford ist dieser Bericht aber zugleich auch Auftakt zur 200-Jahrfeier und zum Wahljahr. Die sich durch den Gesamtbericht durchziehende Aussage ist: "Wir können stolz sein auf Amerika und stolz, Amerikaner zu sein."

Der Optimismus und die Überzeugung davon, daß das amerikanische Volk Probleme meistern und Krisen überwinden wird, ist ungebrochen, auch nach Vietnam und Watergate. Wer ermessen kann, wie tief die geistige und moralische Krise in Amerika noch vor einigen Jahren gewesen ist, weiß auch, wie schmerzhaft der Prozeß der Reinigung und Selbsterneuerung ist. Vor dem Hintergrund einer jetzt 200jährigen Geschichte, die weitgehend ohne tiefe Erschütterung des amerikanischen Selbstbewußtseins verlaufen ist, war es möglich, die Krise des Selbstverständnisses nach innen und nach außen zu überwinden und Selbstvertrauen wiederzugewinnen. Dieser Ford-Bericht hebt sich damit im Gesamturteil deutlich von dem vorhergehenden ab, der sehr viel mehr durch Pessimismus, Zweifel und Unsicherheit gekennzeichnet war.

Ford geht jetzt davon aus, daß die schlimmste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges überwunden ist. Die Arbeitslosigkeit bleibt allerdings noch ein Problem, aber die Inflationsrate hat sich um die Hälfte

verringert. Dies sind wichtige Entwicklungen für Amerika. Sie sind aber auch wichtig für uns. Fords Hauptziel bleibt ein gesundes Wirtschaftswachstum ohne Inflation.

Auch außenpolitisch ist die Bilanz von Präsident Ford insgesamt positiv. Seine wichtigste Aussage ist, daß Amerika heute in Frieden lebt und an militärischer Stärke unübertroffen ist. Der Zustand der zentralen Bündnisysteme, die Atlantische Gemeinschaft und das Bündnis mit Japan sind niemals fester gewesen. Die Aussichten für ein SALT-Abkommen werden positiv beurteilt. Die Beziehungen zu China sind verbessert worden. Im Nahen Osten sind Elemente einer Friedensregelung geschaffen. Die traditionelle Freundschaft mit Lateinamerika, Asien und Afrika soll beibehalten werden. Ein fruchtbarer Dialog zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern ist in Gang gekommen. Dies alles berechtigt Amerika, auch stolz auf seine außenpolitischen Leistungen zu sein.

In der Tat stehen die Vereinigten Staaten heute besser da als unter der Last des Vietnam-Krieges und seiner furchtbaren innenpolitischen Rückwirkungen. Amerika kann heute freier handeln. Es hat auch die Kraft dazu. Auch für uns muß das Atlantische Bündnis Priorität behalten. Ohne Amerika gibt es keine Sicherheit. Die Bilanz, die Helmut Schmidt für unser Land in seinem Bericht zur Lage der Nation ziehen will, wird sich in dieser Hinsicht nicht vom Urteil Präsident Fords unterscheiden.

Die innen- und außenpolitischen Leistungen der sozialliberalen Regierung berechtigen auch uns, stolz auf unsere Leistungen in einer kritischen Zeit zu sein. Es ist uns gelungen, den sozialen Frieden zu wahren und Reformen unter erschwerten Bedingungen durchzusetzen. Die Anerkennung, die diese Leistung verdient, ist im Ausland größer als bei uns. Tragen wir dazu bei, unsere Lage nicht von denjenigen schwarzmalen zu lassen, die vor dem Hintergrund einer Krise und einer Depression zum Erfolg zu kommen glauben.

(-/23.1.1976/bgyp/pe)

+ + +

Frauen müssen gleiche Chancen bekommen

Hindernisse in der Frauen-Erwerbstätigkeit sind nicht gottgegeben

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Der Bundestag hat den - wie der vollständige Titel lautet - "Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Bericht über die Auswirkung der Aufhebung des Grundgesetzes, daß Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung von Frauen nur durch Frauen auszuüben ist" zur Kenntnis genommen. Die entsprechende Änderung war im Jahre 1969 bei der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes vorgenommen worden. Gleichzeitig wurde die Bundesregierung demals in die Pflicht genommen, nach angemessener Frist einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Inhaltlich waren insbesondere zwei Punkte angesprochen: 1/ Welche Erfahrungen bei der individuellen Arbeitsberatung und Arbeitsvermittlung von Frauen gemacht werden, und wie die Wiedereingliederung älterer Frauen aussieht; und 2/ wie sich die neuen Regelungen auf die Tätigkeit und die Aufstiegschancen weiblicher Bediensteter der Bundesanstalt für Arbeit ausgewirkt haben.

Bei der Bundesanstalt für Arbeit wurde festgestellt, daß im eigenen Bereich mehr Frauen tätig sind als sonst im öffentlichen Dienst "üblich" ist. Dabei wird auch von besseren Aufstiegschancen berichtet, allerdings nur im höheren Dienst. Im mittleren und gehobenen Dienst sei die Zahl der tätigen Frauen dagegen leicht abgesunken. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hielt bei dieser Gelegenheit - wie man im Bericht nachlesen kann - die Prüfung für zweckmäßig, "inwieweit Frauen mit familiären Bindungen auch Gelegenheit geboten werden sollte, in den Beratungsdiensten in Teilzeitarbeit tätig zu sein". Hier könne man Schrittmacherdienste für den gesamten öffentlichen Dienst leisten. Dem kann man nur zustimmen.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß genaue Fakten über die Hindernisse, die oft eine Rückkehr von älteren Frauen in das Erwerbsleben ver-

mitteln, wenig bekannt sind. Deshalb sollte eine Berufsverlaufsanalyse über Frauen mit familiären Bindungen erarbeitet werden. Allgemeine Bemerkungen zu diesem Problem gibt es natürlich. In den "Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik" der Bundesanstalt für Arbeit ist einiges dargestellt. Um nur einen Punkt zu nennen: "Da der Wunsch nach Erwerbstätigkeit generell und der Rückkehrwille speziell eng mit der erhaltenen schulischen und beruflichen Ausbildung korrelieren, wird eine bessere Ausbildung langfristig der effizienteste Ansatzpunkt für die Integration der Frauen ins Erwerbsleben sein."

So notwendig dieser Ansatz auch ist, er ist für sich allein - wie praktische Beispiele zeigen - nicht geeignet, Abhilfe zu schaffen. Auch in öffentlichen Unternehmen hat es den Versuch gegeben, Mindestquoten für die Frauenerwerbstätigkeit (intern) vorzuschreiben, um das bekannte schiefe Bild zu korrigieren. Wenn bei den Bewerbungen jedoch den weiblichen Erwerbstätigen echte Chancengleichheit eingeräumt wurde, so hat sich in der Praxis gezeigt, daß die vorher anvisierten Mindestquoten weit übertroffen wurden. Derartige formale Vorgaben verfehlen deshalb ihren Sinn.

Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sind Frauen als Fahrerinnen mittlerweile anerkannt. Gleichwohl sind sie dabei noch diskriminiert, weil es nicht wenige Hinweise gibt, daß in diesem Bereich die Männer die bessere Ausbildung haben und deshalb auf verschiedenen Wagentypen eingesetzt werden können. Bei Frauen wird diese Flexibilität oftmals schlicht eingespart. In vielen betrieblichen Bereichen werden Frauen nicht eingestellt, weil die gesonderten sanitären Einrichtungen fehlen. Sieht man genauer hin, dann handelt es sich freilich nur um einen Vorwand. Die verstaubten Bestimmungen der Gewerbeordnung werden als Alibi benutzt. Beispiele anderer Art, wie z.B. das Nachtarbeitverbot, ließen sich anfügen. Alles in allem läßt sich feststellen, daß die Hindernisse der Frauenerwerbstätigkeit nicht gottgegeben sind und deshalb überwunden werden können.

(-/23.1.1976/bgy/ks/e)

+ + +

Kurzfristige Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen

Auch die Anbieter von Gesundheitsleistungen müssen zur Kostendämpfung beitragen

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die öffentliche Diskussion über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen wird seit geraumer Zeit intensiv geführt. Nun ist die Phase der Orientierung weitgehend abgeschlossen. Die Diagnosen sind gestellt und zwischen den Sachkundigen kaum noch umstritten. Nur noch energische Strukturreformen im Gesundheitswesen, die bei den Ursachen der Kostensteigerung ansetzen, können die Krankenversicherungsbeiträge dauerhaft stabilisieren.

Selbstbeteiligung der Patienten oder sogenannte Wahltarife sind weder sozial- und gesundheitspolitisch vertretbar noch als Mittel zur Kostendämpfung geeignet. Sie können also die notwendigen Strukturreformen im Gesundheitswesen nicht ersetzen. Sie würden lediglich Kosten von den Massen auf die privaten Haushalte verlagern. Auch Kürzungen im Leistungsrecht führen nicht weiter. Denn die Wurzel des Übels ist nicht ein zu hohes Leistungsniveau, sondern die fehlende Wirtschaftlichkeit bei der Bereitstellung von Gesundheitsleistungen und die nahezu unkontrollierte Anbietermacht auf fast allen Gebieten des Gesundheitswesens.

Die Zeit ist reif für praktische Konsequenzen. Die SPD hat bereits auf dem Mainheimer Parteitag mit einem Zehn-Punkte-Programm detaillierte mittelfristig realisierbare Vorschläge für Strukturreformen vorgelegt. Aber wir brauchen Sofortmaßnahmen. Dies ergibt sich aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres. Nach Angaben des Sachverständigenrates sind 1975 die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer nur um rund vier vH gestiegen. Dennoch haben die Arbeitnehmer durch die spürbaren Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge - zuletzt zum 1. Januar 1976 - überhöhte Einkommenszuflüsse der Anbieter von Gesundheitsleistungen finanziert.

Die ohnehin zu den Spitzenverdienern zählenden niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker und Apotheker sowie die Hersteller von Arzneimitteln konnten ihre Bruttoeinkommen auf Kosten der Versicherten ganz erheblich steigern und zwar zum großen Teil mit höheren Steigerungsraten als in den vorliegenden Jahren. Nun dürfen "ihre Bäume nicht mehr weiter in den Himmel wachsen". Das liegt nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft, vor allem aber der Anbieter von Gesundheitsleistungen, die sich zunehmender öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen. Da die erforderlichen Strukturreformen aus technischen Gründen kaum vor 1978 in Kraft treten können, müssen für 1976 und 1977 wirksame Übergangslösungen gefunden werden, um die soziale Symmetrie zwischen Anbietern und Nachfragern im Gesundheitswesen zu gewähr-

leisten. Dazu ist eine bis Ende 1977 befristete Ausgabenbegrenzung erforderlich:

1/ Die Ausgaben der Kassen für Arzt- und Zahnarzt Honorare müssen auf den Stand von 1975 fixiert werden, zuzüglich eines Ausgleichs für den Anstieg der Praxiskosten und den Kaufkraftverlust. Die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen haben die so errechnete Gesamtsumme der Honorare auf die einzelnen Ärzte bzw. Zahnärzte zu verteilen. Durch dieses Verfahren würde der unkontrollierte Anstieg der Arzteinkommen infolge der Ausdehnung des Leistungsumfanges begrenzt werden. Angesichts des hohen Einkommensniveaus dieser Gruppen ist das vertretbar.

2/ Die Pflegesätze der Krankenhäuser müssen auf den Stand von 1975 begrenzt werden, zuzüglich eines Ausgleichs für die Personalkostensteigerungen in Höhe der maßgeblichen Tarifabschlüsse und für die unvermeidlichen Steigerungen der Sachkosten.

3/ Die von den Krankenkassen zu zahlenden Arzneimittelpreise dürfen bis Ende 1977 nicht weiter steigen. Das Einfrieren der Arzneimittelpreise allein genügt aber nicht. Es müssen auch Maßnahmen getroffen werden, um die mengenmäßige Ausdehnung der Arzneimittelverordnungen zu begrenzen. Aus der Mengenkompente ist nämlich rund die Hälfte des Ausgabenanstiegs der Krankenkassen für Arzneimittel zu erklären.

Diese Maßnahmen können die Stabilität der Beitragssätze bis Ende 1977 bewirken. Die kurzfristige Kostenbegrenzung und Stabilisierung der Krankenversicherungsbeiträge kann in naher Zukunft mit Hilfe vertraglicher Vereinbarungen und ohne neue gesetzliche Regelungen verwirklicht werden. Es gibt Chancen, daß sich die Spitzenverbände der Krankenkassen, Ärzte und Zahnärzte über eine Begrenzung des Zuwachses der Gesamthonorarsumme einigen. Auf keinen Fall darf sich die Entwicklung des Jahres 1975 wiederholen. Damals haben die Vertreter der Ärzte ihre Einwilligung zu einer nur 2,3 prozentigen Vergütungserhöhung als großes Entgegenkommen bewertet. Als das Jahr zu Ende war, hatte es - wegen der unkontrollierten Zunahme der Zahl der abgerechneten Leistungen - den niedergelassenen Ärzten Rekordeinkommenszuwachs gebracht. Eine neue Abprache muß also hieb- und stichfest sein.

Die ersten Schritte zur Stabilisierung der Arzneimittelpreise sind bereits getan. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf über Regelungen auf dem Arzneimittelmarkt wird zu einer geringfügigen Preissenkung für die Krankenkassen führen. Das setzt allerdings voraus, daß die Abgabepreise der Hersteller konstant bleiben. Deshalb ist es für eine wirksame Kostenbegrenzung unerlässlich, daß die Pharmaindustrie ihre Abgabepreise nicht erhöht. Erfreulicherweise haben bereits einige große Pharmahersteller erklärt, die Arzneimittelpreise 1976 nicht erhöhen zu wollen und stattdessen - gemäß einer vom Bundeswirtschaftsminister genehmigten Kartellabsprache - die Ausgaben für Verkaufsförderung einzuschränken. Wenn dieses Versprechen auch auf 1977 ausgedehnt und tatsächlich eingelöst wird, dann wäre bereits ein wichtiges Teilstück

des Programms zur kurzfristigen Ausgabenbegrenzung in der gesetzlichen Krankenversicherung realisiert.

Die Stabilisierung der Krankenversicherungsbeiträge durch ein System freiwilliger vertraglicher Regelungen bedeutet für alle Beteiligten, insbesondere die Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Ärzte, eine große Verantwortung. In dieser Situation sollte jede Chance zur Bewährung unseres Gesundheitssystems und seiner Selbstverwaltung genutzt werden. Sollte es allerdings nicht zu den notwendigen Vereinbarungen kommen, dann könnte sich der Gesetzgeber schwerwiegenden Konsequenzen nicht entziehen. Es ist dann notwendig, das Programm zur Ausgabenbegrenzung mit Hilfe eines bis Ende 1977 befristeten Bundesgesetzes zu verwirklichen.

Nach dem Auslaufen dieses Programms, unbeschadet dessen, ob es mit Hilfe von Vereinbarungen oder durch ein Bundesgesetz realisiert wird, müßten sofort wirkungsvolle kostendämpfende Strukturreformen in Kraft treten. Sie müßten unter anderem eine Neuordnung der ärztlichen Vergütung, Verbesserung der Krankenhausplanung, Neugestaltung der Krankenhauspflegesätze und Herstellung von Preistransparenz auf dem Arzneimittelmarkt umfassen. Die Aussicht, daß die befristeten Stabilisierungsmaßnahmen zu einem im voraus bestimmten Termin auslaufen, würde sicherlich einen heilsamen Druck auf den Reformeifer des 8. Deutschen Bundestages ausüben.

In der bisherigen Diskussion über kurzfristig realisierbare Kostendämpfungsmaßnahmen hat die Begrenzung der Einkommenszuwächse für die Anbieter von Gesundheitsleistungen bislang nicht im Vordergrund gestanden. Im Gespräch waren vielmehr hauptsächlich Maßnahmen, die man unter dem Titel "Beschneidung von Wildwuchs" zusammenfassen kann: Begrenzung des Kassenzuschusses zum Zahnersatz, Einschränkung der Haushaltshilfe für Familienangehörige, Herausnahme von Begeleit-Arzneimitteln aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung und anderes mehr. Darüber muß sicherlich ernsthaft gesprochen werden. Eines jedoch steht fest: Aus sozialdemokratischer Sicht sind solche Maßnahmen nur zu rechtfertigen, wenn auch die Anbieter von Gesundheitsleistungen entscheidend zur Kostensenkung beitragen, nachdem sie vor allen anderen Nutznießern der jüngsten Beitragssatzsteigerungen gewesen sind. Die soziale Symmetrie wäre verletzt, wenn jetzt allein bei den Versicherten gespart würde, auch wenn es nur dort geschieht, wo es sozialpolitisch vertretbar ist. Wenn "Wildwuchs" beschnitten werden muß, dann zuerst dort, wo er am wildesten wuchert: also bei den Anbietern von Gesundheitsleistungen.

(-/23. 1. 1976/bgy/e/pr)

+ + +

CDU-Spiel mit Menschenchicksalen

Hupkas Argumente gegen den Polenvertrag sind unehrlich

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

"Da wiederholt und zu Recht von der CDU/CSU im Bundestag, Bundesrat und in der Öffentlichkeit vor allem deswegen an den jüngsten deutsch-polnischen Abprachen Kritik geübt worden ist, weil in den nächsten vier Jahren nur 125.000 Personen ausreisen dürfen, während 160.000 aussiedlungswillige Deutsche weiterhin festgehalten werden, möchten SPD und FDP um jeden Preis, auch um den des Schicksals der Betroffenen, die Zahl von 280.000 Aussiedlungswilligen in Frage stellen. SPD und FDP hoffen auf diese Weise doch noch ein Ja der CDU/CSU zu erhalten", schreibt der CDU-Abg. Dr. Herbert Hupka im Pressedienst seiner Partei. Man kann diesen Satz drehen und wenden, wie man will: Er ist nicht nur schlicht und einfach eine Lüge, er stellt auch eine bewußte Brunnenvergiftung mit dem Ziel dar, den deutsch-polnischen Vertrag zu torpedieren - koste es, was es wolle.

Wie schlecht muß es um die Argumente Hupkas und seiner Leute bestellt sein, wenn er zu solchen Unwahrheiten greift! Hat ihn das Verhalten seiner Fraktionskollegen Blumenfeld und Kiep so getroffen, hat ihn die Nachricht, "der CDU-Vorsitzende wolle die neuen Darstellungen zu den Umsiedlerzahlen prüfen und abwägen", so erschüttert, daß er in der Wahl der Mittel, seine Gegnerschaft gegen den Vertrag für die ganze CDU verbindlich zu machen, skrupellos wird? Hupka weiß ganz genau, daß die Bundesregierung und die Koalition alles getan haben, und daß die Zusage der Umsiedlung von 125.000 Aussiedlungswilligen für die nächsten vier Jahre das Höchstmaß war, das die Bundesregierung zunächst an konkreten Zusagen erreichen konnte. Er weiß auch, daß sie gleichzeitig in der Vereinbarung das Zugeständnis durchgesetzt hat, daß auch nach diesem Termin Umsiedlungswillige noch Ausreiselaubnis erhalten sollen. Was soll also die Verdächtigung, man habe sich mit einer Teilzahlung abspesen lassen und wolle über diese Zahl hinausgehende Ausreisewillige ihrem Schicksal überlassen? Die Diskussion über Zah-

len ist nicht von der sozialliberalen Koalition und den sie tragenden Parteien entfacht worden. Es war der stellv. Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Schilling, der vor dem Versuch gewarnt hat, mit Zahlen Politik zu machen. Nicht zu Unrecht, wie wir meinen, es geht schließlich nicht um Zahlen, sondern um Menschenchicksale und dabei ist höchste Sensibilität bei Verhandlungen am Platze.

Dr. Hupka ist sich dabei der Gefährlichkeit seines Spieles durchaus bewußt. Er weiß genau: Wenn der Vertrag scheitert, dann scheitert damit auch die Hoffnung von 125.000 Umsiedlungswilligen - von der Zahl derer, die über die 125.000 hinausgehen, gar nicht zu sprechen! Sie werden aufbegehren, und dafür will Hupka jetzt schon der FDP und SPD den Schwarzen Peter zuschieben. Aber die CDU/CSU wird, wenn sie das Vertragswerk zum Scheitern bringen sollte, diese Verantwortung nicht abwälzen können, sondern dafür geradestehen müssen! Da helfen auch nicht die Versuche Hupkas und anderer, die nun der Bundesregierung unterstellen möchten, daß sie beim Warschauer Vertrag und bei den jetzigen Verhandlungen die Umsiedlungszusagen angeblich nicht besser vertraglich abgesichert hätte. Daß die Bundesregierung, ob es der damalige Vertragsunterhändler Duckwitz, der damalige Bundeskanzler Willy Brandt und der damalige Bundesaußenminister Scheel waren, ob Bundeskanzler Helmut Schmidt oder Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher: Sie alle haben - getreu ihrem Verfassungseid - sich ehrlich und leidenschaftlich bemüht, um das Best erreichbare durchzusetzen! Zweifel stehen einer Partei und ihrer Führung hier schlecht an, die niemals konkrete Verhandlungen mit Polen über derart schwierige Fragen geführt hat. Hier ist nichts mit dem Vorschlaghammer à la Hupka zu erreichen. Hier kann nur eine durchgreifend positive Veränderung der deutsch-polnischen Wetterlage zum dauerhaften Erfolg führen, und dafür hat die sozialliberale Bundesregierung die ersten Zeichen setzen können.

(-/23.1.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller